

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr 338

Hauptredakteur: Dr. Eberth, Leipzig

Donnerstag, den 17. Juli

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

Aufenthaltsverbot für Deutsche in England

Die Lage im Landarbeiterstreik

Greifswald, 17. Juli. (Drahtbericht.) Ueber die Lage zum Landarbeiterstreik im Vorpommern berichtet die „Greifswalder Zeitung“ wie folgt: Der Ausbruch des Landarbeiterstreiks im Kreise Franzburg hatte zur Folge, daß die Arbeiter in den Städten sich gegen die Verhängung des Belagerungszustandes wandten. Infolgedessen ist nicht nur in Stralsund der Generalstreik ausgebrochen, sondern auch in Barth, Greifswald und anderen vorpommerschen Städten macht sich unter den Arbeitern eine Streikbewegung bemerkbar. In Greifswald ist der Ausbruch des Generalstreiks für heute früh zu erwarten. Die Arbeiter in den Städten verlangen die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die Zurückziehung der Truppen. Inzwischen hat infolge des Belagerungszustandes ein Teil der Arbeiter im Kreise Franzburg die Arbeit wieder aufgenommen und man hofft, daß im Laufe des Tages der größte Teil der Streikenden sich wieder an die Arbeit begeben wird.

Rönigsberg (Ostpreußen), 17. Juli. (Drahtbericht.) Ueber den Westteil des Kreises Rönigsberg wurde gestern wegen vielfacher Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem Landarbeiterstreik der Belagerungszustand verhängt.

Belagerung des Streiks im Kreise Wilsfeld.

Wilsfeld, 17. Juli. (Drahtbericht.) Der Streik der Treibhaus- und Landarbeiter im Kreise Wilsfeld ist gestern durch Vermittlung des Reichskommissars Seering beendet worden. Beide Parteien haben Entgegenkommen gezeigt.

Der Generalstreik in Stettin

Stettin, 17. Juli. (Drahtbericht.) Der erste Tag des Generalstreiks in Stettin ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. Als Antwort auf den Generalstreik der Arbeiter begann gestern in Stettin der

Gegenstreik der Bürgerschaft. Auch in Greifswald dürfte heute der Proteststreik gegen den Belagerungszustand beginnen.

Stettin, 17. Juli. (Drahtbericht.) Der gestern ausgebrochene Generalstreik stellt sich als eine Ueberrumpfung der Arbeiter durch die unabhängigen Sozialdemokraten dar. Eine gestern nachmittag abgehaltene Versammlung des Aktionsausschusses der Arbeitervereine, an der Vertreter aller Gewerkschaften teilnahmen, beschloß, daß im Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk die Arbeit sofort wieder aufgenommen, im übrigen aber der Streik fortgesetzt werden soll, bis eine auf heute vormittag einberufene Versammlung der Vertrauensleute des Wahlvereins weiter beschließen wird. Die Zeitungsbesitzer haben beschloffen, die Zeitungen vorläufig nicht erscheinen zu lassen. Der Oberpräsident und der Zentralarbeitsrat der Provinz Pommern haben sich telegraphisch an die Ministerien gemeldet und um Aufhebung des Belagerungszustandes über Pommern gebeten.

Beteiligung der Mehrheitssozialisten an der Weltprotokundgebung

Berlin, 17. Juli. (Drahtbericht) unserer Berliner Schriftleitung.) Auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordert heute in einem Aufruf für den 21. Juli zu einer Massenkundgebung gegen den gewalttätigen Imperialismus der Entente und gegen die reaktionäre Bewegung auf, zugleich aber auch gegen die katastrophale Politik der Kommunisten und Unabhängigen.

Nach gestern hatte sich der „Vorwärts“, der diesen Aufruf heute an der Spitze des Walfes bringt, prinzipiell ablehnend gegen die Beteiligung des deutschen Professorenrats an den Kundgebungen der Ententesozialisten ausgesprochen.

Wiederaufbau

Von unserer Berliner Schriftleitung

Der Friedensvertrag gibt Deutschland die Möglichkeit, in den ersten vier Monaten nach Vertragsabschluss Vorschläge darüber zu machen, in welcher Weise es seine übernommenen Verpflichtungen zum Wiederaufbau Belgiens und Nord-Frankreichs einlösen will. Es heißt in dem Vertrage, daß Deutschland anbieten kann, entweder mit eigenen Mitteln die Wiederherstellung und den Wiederaufbau einer der verwüsteten Gegenden, sei es teilweise oder im ganzen, auszuführen, oder unter denselben Bedingungen bestimmte Schadensarten in besonderen Gegenden wieder herzustellen. Kein einsichtiger Mensch in Deutschland verkennt die Gelegenheit, die sich hier für die Wiederbelebung unserer Wirtschaft bietet. Diese Bestimmungen über den Wiederaufbau sind die einzigen Paragraphen des Friedensvertrages, die für Deutschland eine positive Möglichkeit, eine Möglichkeit nach der fördernden Seite enthalten. Denn aus ihnen erwächst Gelegenheit zur Arbeit und zu wirtschaftlicher Ersparnis, Gelegenheit zum Wiedererwecken der Kräfte, die Deutschlands wirtschaftliche Bedeutung vor dem Kriege in erster Linie gesichert haben, und die uns jetzt nötiger sind als je zuvor. Darum ist die Frage des deutschen Anteils an dem Wiederaufbau im Westen eine der brennendsten für uns und die Sorge berechtigt, ob in dem nicht allzu langen Frist von vier Monaten die richtigen Mittel und Wege zu ihrer segensreichen Lösung gefunden werden.

Man hat den Eindruck, daß in den Monaten des Waffenstillstandes in dieser Richtung wenig geschehen ist. Gewiß ist an die Feststellung über den genauen Umfang des Schadens mit Energie und Bewusstseinsfähigkeit herangegangen worden, und diese Arbeit ist ohne Frage lückenlos erledigt. Davon aber, daß diese reichliche Zeit auch zur Gewinnung von Plänen benutzt worden ist, auf welche Weise, mit welchen Mitteln und nach welchen Gesichtspunkten Deutschland an den Wiederaufbau heranzugehen vermag, hat man so gut wie nichts gehört. Vor einigen Tagen erst vernahm man, daß eine Kommission für den Wiederaufbau der besetzten Gebiete nach Versailles abgereist ist, und zwar unter Leitung eines Unterstaatssekretärs aus dem Reichsfinanzministerium. Es ist voranzusetzen, daß diesem juristischen Leiter der Kommission Fachleute aus den Kreisen der Technik, der Industrie und des Bauwesens beigegeben sind, denn diese Kreise haben bei den bevorstehenden Beratungen mindestens eine so wesentliche Rolle zu beanspruchen wie die Leitung unserer Finanzen.

Die Aufgaben, die der Wiederaufbau an Technik, Industrie, Verkehr und Bankwesen stellt, sind ungeheuer, und selbst der begrenzten Anteil, den Deutschland an diesen Aufgaben zu übernehmen imstande ist, bedingt Vorarbeiten, die nicht planmäßig genug und vor allem nicht schleunig genug betrieben werden können. Weder Frankreich noch Belgien sind aus eigener Kraft imstande, diese Aufgaben zu bewältigen. Dafür ist schon jetzt Monaten zu beobachten, wie Amerika und England planvoll und in großartiger Weise Einfluß zu gewinnen trachten, um für ihre Industrie und ihr Kapital das französisch-belgische Arbeitsgebiet fruchtbar zu machen. Je später Deutschland hier auf dem Plan erscheint, um so geringer werden seine Aussichten sein. Es ist bekannt, daß die Initiative großer deutscher Betriebe es nicht daran hat fehlen lassen, mit Plänen und Entwürfen für den Wiederaufbau an die deutsche Regierung heranzutreten. Nicht bekannt ist dagegen, wie sich die Regierung zu diesen Plänen stellt. Es wäre verfehlt, wenn sie sich wirklich, wie manche Kreise befürchten, passiv verhalten wollten in der Voraussetzung, daß die Gegner von uns nichts weiter verlangen, als die Bereitwilligkeit, nach unseren Kräften ihren Anordnungen zu folgen. Es fehlt ihnen nicht nur an Rohstoffen und Arbeitskräften, es fehlt ihnen bis zur Stunde noch ebenso sehr an eigener Initiative, als die deutsche Regierung sich gewiß nicht den Vorwurf machen lassen, daß ihr Jamben dem englischen und amerikanischen Wettbewerb die Bahn frei gelassen habe.

Eine Frage, die fast noch dringender erscheint, als die Schaffung greifbarer Pläne für unsere Beteiligung am Wiederaufbau, ist die Frage der Stellung von Arbeitskräften. Wir haben aus dem Munde der gegnerischen Vertreter bei den Verhandlungen in Versailles unzweifelhaft zu verstehen bekommen, daß unter allen Umständen die erforderlichen Arbeitskräfte von uns verlangt werden und daß man die deutsche Regierung dafür verantwortlich machen wird, daß sie aufgebracht werden. Noch aber ist nicht zu sehen, auf welche Weise die Regierung diese Frage zu lösen gedenkt. Das Bild, das Deutschland zurzeit bietet, scheint wenig geeignet, den Glauben zu stärken, daß auf einen Wink der Regierung die Arbeiterschaft in hellen Scharen bereit sein möchte, in ein fremdes, ungewohntes Land zu schwerer regelmäßiger Arbeit auszugehen. Wenn die Regierung hoffen will, daß ein solches Ansehen an die deutsche Arbeiterschaft von Erfolg begleitet werde, kann sie dabei der Vermittlung der großen Arbeiterorganisationen nicht entzagen. Denn wenn überhaupt die Arbeiterschaft zu einer derartigen Pflichterfüllung zu führen ist, so vermag das lediglich die Organisation, ganz gewiß aber nicht die Regierung, die es wahrscheinlich doch mit einem Zwang nicht versuchen würde und der zuliebe gewiß nicht Jehntausende von Arbeitern hinauszuliefern werden.

Drei Monate sind uns Frist gegeben, die Fragen zu lösen, die hier nur in den allergrößten Zügen angedeutet sind. Verfolgt man sie in ihren Einzelheiten, so stellen sie eine Aufgabe von so gewaltigen Ausmaßen in organisatorischer, technischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht dar, daß ihre Bedeutung für Deutschland und für die kommenden Jahre keines weiteren Hinweises bedarf. Will die Regierung diese Aufgabe mit Erfolg und zum Segen für Deutschland lösen, so hat sie keine Stunde Zeit zu verlieren, und es ist ihr zu wünschen, daß sie den Mann oder die Männer findet, in denen der Geist und die Kraft zu dem gewaltigen Werke ruhen.

Zur Ermordung des französischen Sergeanten in Berlin

Genf, 17. Juli. (Drahtbericht.) Aus Paris wird gemeldet: Die Ermordung des französischen Sergeanten Manheim in Berlin erregte hier großes Aufsehen und Erbitterung. Das „Journal“ meint, daß die Entschuldigung des Gesandten Haniel ungenügend sei. Das Stillschweigen der französischen Regierung lasse sich nur so erklären, daß man zuvor noch genaue Berichte abwarten will, bis man die notwendigen Schritte unternimmt. — Die französische Regierung wird auf die unbedingte Verurteilung der Schuldigen bestehen.

Verailles, 16. Juli. (Drahtbericht.) Die Pariser Wälder beschäftigen sich sämtlich mit dem Fall Manheim und sagen einmütig, daß die alldeutschen Wälder seit Wochen nicht aufgehört hätten, gegen jede Wahrheit fortgesetzt zu behaupten, die französischen Wälder in Berlin hätten eine aufreizende Haltung eingenommen. — „Temps“ behauptet, einzelne deutsche militärische Chefs hätten aggressive Reden gegen die Franzosen gehalten. Es sei leicht voranzusetzen gewesen, daß diese Aufreizungen schließlich zu Mordtaten hätten führen müssen. — Der „Temps“ hebt besonders hervor, daß der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Freiherr von Lersner, in einer eigenhändig unterschriebenen Note am 14. Juli der französischen Regierung das aufrichtige Bedauern der deutschen Regierung über diesen Vorfall ausgesprochen und Wiedergutmachung angeboten habe. — Nach einem Abendblatt soll Marshall Foch verlangt haben, daß Sergeant Manheim mit militärischen Ehren beigelegt werde.

Besonders bestig besprechen „Intransigent“ und „Liberte“ den Zwischenfall. Jenes Blatt sagt, es sei notwendig, daß die Regierung in Berlin das deutsche Volk davon verständige, daß im Falle sich derartige Fälle wiederholten, das ganze Land für die Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werde. — „Liberte“ schreibt: Die Unverschämtheit der Belgier kennt keine Grenzen, indem sie wissen, daß eine deutschfreundliche Minderheit sich bei uns Aufreizungen gestattet, um die Ratifizierung des Friedensvertrages zu verhindern. — Nach der „Liberte“ habe man es mit alldeutschen Verbrechen zu tun. Die Ermordung Paul Manheims sei die logische Folge anderer unbestraft gebliebener deutscher Missetaten, wie die Verlenkung der Flotte bei Scapa Flow und die Verwundung der französischen Fahnen in Berlin.

Um die Auslieferung des Kaisers

Haag, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Londoner Vertreter des „Manchester Guardian“ meldet: Die Berichte, nach denen die holländische Regierung bereit sein soll, den früheren deutschen Kaiser auszuliefern, kann ich auf Grund besserer Informationen als unrichtig erklären. Die holländische Regierung hat bisher noch keine Bitte um Auslieferung erhalten und eine solche deswegen auch nicht ablehnen können. Wenn das Geschehen erfolgen würde, so glaubt man in Londoner holländischen Kreisen, daß es nicht bewilligt werden wird. — Die „Times“ bringen einen Leitartikel, worin sie unbedingt für den Prozeß gegen den Kaiser eintreten. Man müsse den Kaiser vor Gericht stellen, weil, wenn man es nicht tue, auch andere nicht zur Rechenschaft gezogen werden dürften. Der ganze Fall habe mit dem Auslieferungszweck der Niederlande nichts zu tun, sondern sei einfach ein Prozeß, wodurch Holland bekunden müsse, ob es den Idealen des Völkerbundes und dem Gedanken einer neuen internationalen Gerechtigkeit loyal gegenüberstehe oder nicht.

Der Bruch mit dem Berliner Volksrat

Berlin, 17. Juli. (Drahtbericht.) Die S. P. D. (Soziald. Partei Deutschlands), die Arbeiter-, Soldaten- und kommunalen Arbeiterräte, hielten gestern nachmittag in Berlin im Sitzungssaal des Herrenhauses eine Fraktionsversammlung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, die Beziehungen zum Volksrat und seinen Volksversammlungen endgültig abzubrechen. In der angenommenen Erklärung heißt es: Der Volksrat von Groß-Berlin hat es nicht verhindern können oder wollen, daß die Volksversammlungen der Berliner Arbeiterräte fast ausschließlich zum Zwecke niedriger politischer Demagogie und des Zerzers gemacht wurden. Positive Ergebnisse zum wirtschaftlichen Aufbau haben die Verhandlungen der Volksversammlungen der Arbeiterräte und des Volksrates nicht gezeigt und werden sie in Zukunft auf Grund ihrer Zusammensetzung

nicht zeigen können. Unter diesen Verhältnissen sind wir gezwungen, jedes weitere gemeinsame Zusammenarbeiten mit der Vollversammlung und dem Volksrat abzusehnen. — Im Zusammenhang mit der Annahme dieser Erklärung ist ein Volksratsrat der S. P. D. geschaffen worden, dem sich wahrscheinlich auch die Demokraten anschließen werden.

Berlin, 17. Juli. (Drahtbericht.) Die Jugenderhebung über die Vollversammlung Eichberns im Untersuchungsausschuß der preussischen Landesversammlung ergab gestern u. a., daß von einer aus 10 Männern eingetretenen großen Geldsumme auf dem Schleifens Bahnhof durch Eichberns Diebstahlsmethoden fünf bis sechs Millionen geraubt wurden.

Das Unterhaus über den Friedensvertrag

Amsterdam, 17. Juli. (Drahtbericht.) Aus London wird unterm 16. d. M. dem Handelsblatt gemeldet: In der nächsten Woche wird im Unterhause die Debatte über den Friedensvertrag stattfinden. In der Debatte wird auch Lloyd George teilnehmen. Zwei Mitglieder nämlich sind über die Artikel betreffend die Entschädigung unzufrieden. Sie haben einen Antrag für die zweite Lesung des Gesetzes zur Annahme des Friedensvertrages eingebracht, in welchem das Haus unter Anerkennung der Bemühungen und des Bestrebens Lloyd Georges um einen gerechten und ehrenvollen Frieden zustande zu bringen, sein Bedauern über die Tatsache ausdrückt, daß der Friedensvertrag Deutschland nicht die scharfen und bindenden Verpflichtungen auferlegt hat, um England endlich für die pekuniären Verluste während des Krieges zu entschädigen.

Vorkott der Deutschen in England

London, 17. Juli. (Reuter.) Foster teilte mit, daß die Jen für Kabeltelegramme am 23. Juli um Mitternacht aufgehört haben wird. Die Kommission zur Prüfung des Gesehentwurfs betreffend Ausländer sagte eine Bestimmung ein, durch die den Angehörigen früherer feindlicher Staaten die Landung und der Aufenthalt in England während zweier Jahre nach Annahme des Gesetzes verboten wird, außer mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Innern, die allein aus besonderen Gründen erteilt wird.

Stempelung der deutschen Wertpapiere?

Amn, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus den Plänen der Reichsregierung zur Erörterung der ins Ausland verbrachten Kapitalien, um sie dadurch der Besteuerung zu entziehen, erzählt die J. T. A. aus zuverlässiger mehrheitssozialistischer Quelle, daß ein Rotgezeigentwurf vorbereitet wird, nach dem an einem bestimmten Tage die Stempelung deutscher Wertpapiere vorgenommen wird. Ohne diesen Stempel verlieren sie ihren Wert. Dadurch würden die Besitzer deutscher ins Ausland geschaffter Kapitalien gezwungen, ihre Kapitalien in das Inland zurückzuschaffen, wenn sie sich vor der völligen Entwertung der Papiere schützen wollen.

Freier Postverkehr Amerika-Deutschland

Haag, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus Washington wird gemeldet: Der Generalpostmeister gibt bekannt, daß der Postverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wieder auf der Grundlage aufgenommen wird, die dem Verkehr mit den übrigen Ländern, die zum internationalen Postverzele gehören, entspricht. Eine direkte Schiffverbindung zur Beförderung des Post wird über Holland, Norwegen und Dänemark eingeführt.